

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Wochentagen nachmittags 4 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18 RM. Einmalnummer 10 Pf. Alle Werbestellen und alle Anzeigen werden angenommen. In Halle höherer Verhältnisse werden die Anzeigen einzeln abgerechnet. Die Anzeigen werden nur dann angenommen, wenn sie rechtzeitig einlangen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Briefen und Postkarten. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Briefen und Postkarten.



Angewandte: die 1 spaltige Mittelzeile (46 mm breit) 7 Pfg., die 2 spaltige Mittelzeile (92 mm breit) 10 Pfg., die 3 spaltige Mittelzeile (138 mm breit) 15 Pfg., die 4 spaltige Mittelzeile (184 mm breit) 20 Pfg., die 5 spaltige Mittelzeile (230 mm breit) 25 Pfg., die 6 spaltige Mittelzeile (276 mm breit) 30 Pfg., die 7 spaltige Mittelzeile (322 mm breit) 35 Pfg., die 8 spaltige Mittelzeile (368 mm breit) 40 Pfg., die 9 spaltige Mittelzeile (414 mm breit) 45 Pfg., die 10 spaltige Mittelzeile (460 mm breit) 50 Pfg., die 11 spaltige Mittelzeile (506 mm breit) 55 Pfg., die 12 spaltige Mittelzeile (552 mm breit) 60 Pfg., die 13 spaltige Mittelzeile (598 mm breit) 65 Pfg., die 14 spaltige Mittelzeile (644 mm breit) 70 Pfg., die 15 spaltige Mittelzeile (690 mm breit) 75 Pfg., die 16 spaltige Mittelzeile (736 mm breit) 80 Pfg., die 17 spaltige Mittelzeile (782 mm breit) 85 Pfg., die 18 spaltige Mittelzeile (828 mm breit) 90 Pfg., die 19 spaltige Mittelzeile (874 mm breit) 95 Pfg., die 20 spaltige Mittelzeile (920 mm breit) 100 Pfg.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 97 - 93. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 26. April 1934

Die Kampfplage an der Saar.

In Brüsseler Zeitungen konnte man kürzlich lesen, ein namhafter belgischer Gelehrter, der frühere Rektor der Universität in Gent, Prof. Vermeulen, habe der belgischen Regierung angeraten, für eine „vertragsmäßige Durchführung der Saar-Abstimmung“ einzutreten, weil, wie er erklärt, „die deutsche Propaganda die Saarländer verunsichert und die Befähigung der Bevölkerung, sich für die Entscheidung der Saarfrage zu entscheiden, dadurch beeinträchtigt wird“. Das war selbst dem Straßburger „Eisäher“ zuviel, dem man ganz gewiß keine Deutschfreundlichkeit nachsagen kann, und er schrieb dem belgischen Senator ins Stammbuch, die Saarländer sprächen den Belgiern die Befähigung dafür ab, sich als Vorkämpfer in der Saarfrage auszusprechen, nachdem Belgien die Abstimmung in dem Deutsch-land entzifferten Gebiet von Eupen-Malmedy bis zum heutigen Tage auf das schroffste mißachtet habe.

Was ist Tatsache? Der Absatz 2 des Artikels 49 des Versailler Diktates besagt: „Nach Ablauf einer Frist von 15 Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird die Bevölkerung des Saargebietes zu einer Abstimmung darüber berufen, unter welcher Souveränität sie zu treten wünscht.“ Und in einer Anlage zu dem folgenden Artikel 50 heißt es ausdrücklich, daß die Saarbevölkerung „ihren Willen“ darüber zu äußern habe, ob der gegenwärtige Zustand beibehalten werden solle, oder ob sie die Vereinigung mit Frankreich oder mit Deutschland wünsche. Der Vertrag besagt dann, daß abstimmsberechtigt jede Person ist, die zur Zeit der Abstimmung über zwanzig Jahre alt ist und zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Diktates im Saargebiet gewohnt hat. Alle weiteren Einzelheiten seien, heißt es weiter, vom Völkerbundrat zu beschreiben, „daß eine freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe gewährleistet ist“.

Was dieser letzten Bemerkung des Versailler Diktates geht nach Lage der Dinge zunächst einmal klar hervor, das im letzten Sinne Frankreich für die einwandfreie Durchführung der Abstimmung verantwortlich ist, einmal es ja in der sogenannten „neutralen“ Regierungskommission des Saargebietes den entscheidenden Einfluß hat und überdies der famose Völkerbund heute mehr denn je nur noch ein Ableger des französischen Außenministeriums ist.

Die für die Fremdherrschaft im Saargebiet vorgesehene 15jährige Frist läuft am 10. Januar 1935 ab. Dennoch würde an sich nichts im Wege stehen, daß die Abstimmung, an deren Ergebnis ja überhaupt selbst in Frankreich niemand mehr zweifelt, am 11. Januar 1935 erfolgt.

Das wäre um so selbstverständlicher, als ja fünfzehn Jahre Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung einer einwandfreien Entscheidung genügen ist. In Gent ist dergleichen aber nicht selbstverständlich. Denn soeben wird bekannt, daß man die Festlegung des Datums der Volksabstimmung im Saargebiet, mit der sich der Völkerbund im Mai befaßt, noch immer weiter verschleppt. Man will erst eine Kommission das Gebiet bereisen und ein „eingebendes Studium der Verhältnisse an Ort und Stelle“ vornehmen, und erst danach könne man die Festlegung des Abstimmungsstermines gehen. So ist es, soviel bezogene Ausflüchte!

Man will, wie niemand, was denn eine solche Kommission aus einer völlig klaren Sachlage erst noch „eingebend studieren“ soll. Wie klar diese Sachlage auch ist, das ist, das geht u. a. aus einem soeben erschienenen Leitartikel ausgerechnet des „Journal de Genève“ hervor, dessen Sonderbeirather nach einer vorläufigen Bevölkerung nach Sprache und Art durchweg über Deutschen bringen müßte!

Man will noch ein Dreivierteljahr Zeit zur Vorbereitung der Abstimmung zur Verfügung, viel Zeit für 10 Jahre Vertrag, beunruhigend wenig Zeit für alles, was sich die Bevölkerung an der Regelung der Abstimmungsmodalitäten von der Paris-Genfer Seite abhinausgezögert wird — man kennt die französische Verhandlungsweise, die selbst die einseitigen Rechte der Vertragspartner zu politischen Aushandlungsgegenständen zu mißbrauchen pflegt. Dabei war der Völkerbund schon auf seiner Pariser Tagung im Jahre 1922 vollkommen darüber einig, daß „umfassende Vorkommnisse erforderlich“ seien!

Man braucht sich in diesem Zusammenhang nur klar zu machen, welche Summe von Arbeit dazu gehört, die Abstimmungsmodalitäten in einem 15-jährigen Vertrag festzusetzen, nachdem unter dem Terror der Fremdherrschaft im Saargebiet tausende Deutscher aus ihrer Heimat getrieben wurden. Natürlich macht Frankreich auch in dieser Hinsicht Schwierigkeiten, indem es von Zeit zu Zeit wieder Schwierigkeiten, indem es von Zeit zu Zeit wieder Schwierigkeiten — also u. a. auch Forderungen — seien abstimmungsbedingte, um vor der Welt wenigstens eine etwas höhere Zahl von Anhängern im Saargebiet vorzuführen zu können. Man sollte meinen, ein solches Manöver sei alszu

Ordnung für die Wirtschaft der Welt.

Neue Wege zur Beseitigung der Schwierigkeiten der Weltwirtschaft.

Richtunggebende Rede des Führers der Deutschen Wirtschaft, Reßler.

Auf der Tagung der Internationalen Handelskammer in Berlin sprach der Führer der deutschen Wirtschaft, Direktor Reßler. Er machte u. a. folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die großen Schwierigkeiten, mit denen die Wirtschaft unserer Zeit zu kämpfen hat, lassen es geboten erscheinen, daß vermehrt die Erfahrungen von Wirtschaftsführern ausgetauscht werden und daß diese ihre Ansichten über die Möglichkeit der Beseitigung der Schwierigkeiten bekanntgeben. Wenn man den Versuch macht, die Schwierigkeiten der Wirtschaft auf einen Nenner zu bringen, so ist festzustellen:

daß das Volumen des Abfalls in einem Mißverhältnis zu der Produktionskapazität, dem Erzeugungsvermögen steht. Das ist ein Zustand wirtschaftlicher Unordnung, der nur durch Ordnungsmaßnahmen zu beseitigen ist.

Es wäre auf den verschiedensten Gebieten vielfach eine Überproduktion vermieden worden, wenn in planvoller Weise die Erzeugung auf eine gewisse längere Zeit verteilt worden wäre.

Wir haben die Wirtschaft, die sich zu schnell als möglich jener Zustand beseitigt wird, welcher in einem Lande wegen Überproduktion zur Vernichtung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln ufm. führt, während in einem anderen Lande ein großer Mangel oder Teuerung herrscht.

Deutschlands Nationalwirtschaft als Beispiel.

Da alle Bestrebungen nach Ordnung der Weltwirtschaft in gemeinsamer Arbeit bislang zu keinem oder nur zu geringem Erfolg geführt haben, hat die deutsche Wirtschaft sich begonnen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, unterstützt von den Maßnahmen der Regierung, ihre Nationalwirtschaft selbst in Ordnung zu bringen.

Gleichzeitig reicht die deutsche Wirtschaft, den gegebenen Voraussetzungen entsprechend, anderen Ländern die wirtschaftliche Hand. Diesen müssen wir mit Einbringlichkeit sagen:

daß es gelingen muß, unseren Export wieder zu heben, weil damit die deutsche Wirtschaft in den Stand gesetzt wird, Rohstoffe und Waren des Auslandes in entsprechender Menge und auf die Dauer aufzunehmen.

Möchte diese Schicksalsverbundenheit der Wirtschaft der verschiedenen Länder von allen verantwortlichen Wirtschaftlern klar erkannt werden und zur Grundlage ihres Handelns gemacht werden! Nicht jeder kann erzeugen, was und wieviel er will, sondern er muß Rücksicht nehmen auf die handelspolitischen Notwendigkeiten.

Nur an einer Stelle darf man in diesen Überlegungen bewußt eine Ausnahme machen, nämlich in der Frage der Ernährung.

Denn den notwendigsten Bedarf für die Ernährung des eigenen Volkes durch Erzeugung im Lande sicherzustellen, ist eine gebieterische Forderung, die aus der machtpolitischen Ungleichheit in der Welt resultiert. Allein in dem Spielraum zwischen dem für die Ernährung Lebensnotwendigen und dem, was der Lebensstandard eines zivilisierten Volkes verbraucht, liegen große Möglichkeiten für den Handelsverkehr. Dies zeigen die Verrträge, die in der letzten Zeit mit unseren verschiedenen Nachbarländern geschlossen werden konnten.

Der Lebensstandard eines schaffenden Volkes spielt bei der Ordnung eine ganz bedeutende Rolle.

frech und allzu ungläubig. Aber Frankreich hatte noch nie Bedenken in der Wahl seiner Mittel, wenn es gegen Deutsche ging. Selbst der französische Text des oben genannten Artikels des Versailler Diktates braucht für das entscheidende Wort „gewohnt hat“ den ganz einseitigen Ausdruck „habitant le territoire“ — „im Gebiet wohnhaft“. Frankreich wird niemand in der Welt weismachen können, daß Truppen, die eine kriegerische Besetzung durchführen, als in diesem Gebiet „wohnhaft“, also als anständig anzusehen sind.

In Gent wie in Paris weiß man sehr wohl, daß die Welt den Leitern und Vertretern der Saarabstimmung genau auf die Finger sehen wird, nicht nur von Deutschland aus. Die Zeiten der Willkür, in denen man Abstimmungsergebnisse gewalttätig ins Gegenteil umstülpen konnte wie im Rheingebiet, in Ostoberschlesien, im holländischen Landchen und in Nordschleswig, sind vorbei.

Die Erzeugung und der Außenhandel eines Volkes muß durch die Staats- und Wirtschaftsführung rechtzeitig in ein tragbares Verhältnis gebracht werden. Es muß sehr nachdenklich stimmen, wenn ein Land mit unverhältnismäßig niedrigen Exportpreisen den Weltwarenverkehr stört und gleichzeitig in sozialpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht riesige Unterschiede gegenüber anderen Exportländern aufweist.

Wenn der Führer des neuen Deutschland in staatspolitischer Weltanschauung verlangt, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes nicht primitiver gestaltet werden soll, so müssen sich andere Staatsführungen überlegen, wie sie die großen Unterschiede in dem Lebensstandard vermindern können.

Die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk wollen in Frieden und gegenseitiger Achtung mit den anderen Ländern zusammenarbeiten. Wir wirken mit großer Energie für die Gesundung unserer Nationalwirtschaft und haben in dieser Hinsicht schon bemerkenswerte Erfolge zu verzeichnen. Darüber hinaus aber bauen wir aufrichtig und ehrlich mit an den Brücken von Nationalwirtschaft zu Nationalwirtschaft, auf denen der gottgewollte Warenverkehr von Land zu Land sich vollzieht zum Segen des einzelnen Volkes und zum Segen der ganzen schaffenden Welt.

Staats- und Wirtschaftspolitik.

Rede des Vizekanzlers v. Papen in Dorimund.

Vizekanzler von Papen sprach im Vorimund der Industriellen-Club. Er führte u. a. aus:

Wenn der technische Völkung der deutschen Revolution beendet sei, wenn die Nachtergreifung durch ein neues geistiges Prinzip stattgefunden habe, so könne doch von der Vollendung der eigentlichen Revolution, die auf geistigem und konstruktivem Gebiete liege, noch nicht gesprochen werden. Hier handele es sich um einen langfristigen Wachstumsprozess,

der die Hand des sorgsamten Gärtners bedinge. Von der materiellen Betrachtung des Lebens wende sich die Welt wieder zur heroischen. Es sei der Wille zum Kampf innerhalb der Bindungen, ohne welche die Gemeinschaft nicht existieren könne. Sie leugne keineswegs die notwendige Auseinandersetzung über das soziale Problem. Im Gegenteil, hier sei sie im besten Sinne revolutionär, indem sie entschlossen sei, die als falsch erkannte Form der Gesellschaft und Wirtschaft zu zerbrechen, um an ihre Stelle wieder die organische Ordnung der Schöpfung zu setzen.

Klar sei, daß der deutsche Sozialismus mit staatlichen Mitteln allein nicht gemacht werden könne. Er laufe auf eine neue Gemeinschaftsgestaltung hinaus, die nur dann echt sei, wenn sie nicht erzwungen werde. Zwang als solcher werde zwar vom Staate gegen soziale Elemente immer wieder angewendet werden müssen, die eigentliche Staatsbürgerschaft und Volkszusammengehörigkeit beruhe jedoch auf Freiwilligkeit. Wenn deshalb der deutsche Sozialismus häufig verstanden werde als die Schaffung und Anwendung staatssozialistischer Wirtschaftsformen, so scheine das dem Redner ein Rückschlag in liberal-marxistisches Denken.

Fähle sich der Mensch als Geschöpf einer Schöpfungsordnung, in die er hineingeboren sei, so werde er nicht versuchen, gottgewollte Bindungen zu sprengen, er werde beispielsweise einsehen, daß die Verschiedenheit der menschlichen Anlagen eine

Einteilung in Führer und Geführte notwendig mache. Ob nun das Nationalvermögen die Form des Einzeligentums oder des Gemeinigentums annehme, immer werde die Tatsache bestehen bleiben, daß es wenige Köpfe sind, die darüber verfügen und wenige Hände, welche die Pflüge führen.

Man müsse sich hüten, die Wirtschaft allzu stark zu vergesellschaften, sei es auf privatem, sei es auf staatlichem Wege. Man solle nicht glauben, daß nur die Privatwirtschaft, wenn sie kapitalistisch entartet ist, zur Korruption neige.

Deshalb müsse man dauernd bekräftigt sein, in die neuen staatlischerseits geordneten Wirtschaftsbedingungen die private Initiative und die individuelle Verantwortung einzubauen und sie wach zu halten. Das letzte Ziel der nationalsozialistischen Revolution auf ökonomischem Gebiet müsse die Schaffung eines kräftigen Wirtschaftsstandes sein, der sich nicht nur selbst verwalte, sondern auch unter der Patronanz des Staates sich die Wirtschaftsgeschgebung selber gebe.

In diesem Zusammenhang wandle sich der Redner gegen überflüssige horizontale Wirtschafts- und Preisbindungen. Wenn beispielsweise der Staat schließlich auch die Preise überall regulieren wolle, dann würde durch die Ausschaltung des selbsttätigen Preismechanismus